



# das Beiboot

**Nr. 1**

Newsletter für Migration und Flüchtlingssolidarität in Schleswig-Holstein

30. August 2013

## Editorial

Hiermit lassen wir das *Beiboot* zu Wasser. Mit diesem Newsletter für Migration und Flüchtlingssolidarität wollen wir künftig – kurzfristiger als das Magazin *Der Schlepper* es vermag und gebündelter als die Mailingliste [flucht-sh] es bietet – über die für das Flüchtlingsleben im Bundesland und über seine Grenzen hinaus relevanten politischen und rechtlichen Entwicklungen informieren. Betroffene und UnterstützerInnen finden hier in hoffentlich realisierbarem dreiwöchentlichen Rhythmus Nachrichten zur relevanten Rechtsentwicklung, Verwaltungspraxis und Rechtsprechung. Durch Material- und Veranstaltungshinweise sollen landesweit in der Beratung und Flüchtlingssolidarität Engagierten regelmäßig zugearbeitet werden. Wir freuen uns auf kritische Rückmeldungen, auf Zu- und Mitarbeit.  
Die Beiboot-Redaktion

Marlene Sachse, Andrea Dallek, Jessica Kordouni, Martin Link

## Schleswig-Holstein

### BB-1-1 **Erlass des Innenministeriums Schleswig-Holstein zum Asylbewerberleistungsgesetz**

Mit Verweis auf aktuelle Entscheidungen von Landessozialgerichten hat das Innenministerium SH am 2.8.2013 einen Erlass herausgegeben, nach dem unter Berücksichtigung des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 18.7.2012 keine Kürzungen oder Streichungen bei BezieherInnen von Leistungen gem. Asylbewerberleistungsgesetz mehr statthaft sind (§1 a AsylbLG).

**Mehr:** <http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/Beiboot/BB-1-1-Anlage.pdf>

### BB-1-2 **Rücküberstellungsschutz**

Das Verwaltungsgericht Schleswig hat am 22.3.2013 in der Sache 12 A 10/13 entschieden, dass in einem Italien/Dublin-II Fall die Bundespolizei nicht einfach ohne Beweis die Zuständigkeit eines anderen EU-Mitgliedslandes bescheiden kann, wenn dort vom betroffenen Flüchtling kein Asylantrag gestellt worden ist.

**Mehr:** <http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/Beiboot/BB-1-2-Anlage.pdf>

## Deutschland

### BB-1-3 **Resettlement-Flüchtlinge aus dem Irak angekommen**

Am 16.07.2013 sind 99 irakische Flüchtlinge am Flughafen Hannover angekommen. Sie sind im Rahmen des Resettlement-Programms aufgenommen worden, in dem Deutschland bis 2014 insgesamt 900 Flüchtlinge mit einem dauerhaften Aufenthaltsrecht aufnehmen möchte.

**Mehr:** <http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/Beiboot/BB-1-3-Anlage.pdf>

### BB-1-4 **Steigende Zahl tschetschenischer Flüchtlinge**

2013 wurden bis dato 9.957 Asylanträge von Flüchtlingen aus der Russischen Föderation gestellt. Dabei sollen fast 90 % der Personen aus Tschetschenien stammen. Die Schutzquote liegt bei ca. 20 %. In Medien werden diese Flüchtlinge häufig mit terroristischen Handlungen in Verbindung gebracht. Selten wird wirklich qualifiziert zu den Fluchtgründen berichtet.

**Mehr:** <http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/Beiboot/BB-1-4-Anlage.pdf>

#### BB-1-5 **Behördengroßzügigkeit für syrische Flüchtlinge?**

Am 20.8.2013 hat sich der Menschenrechtsbeauftragte des Auswärtigen Amtes an die Innenminister der Länder mit der Bitte gewendet, die Ausländerbehörden anzuweisen/zu bitten, dass sie vorgelegte Urkunden und andere Nachweise (denkbar sind hier eidesstattliche Aussagen, Fotos, o.a.) für die Vorlegalisierung im Zusammenhang mit dem Familiennachzug zu syrischen anerkannten Flüchtlingen, großzügig einzuschätzen und den ihnen zustehenden Rahmen ihrer Ermessensausübung breit auszuschöpfen.

**Mehr:** <http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/Beiboot/BB-1-5-Anlage.pdf>

#### BB-1-6 **Forderung: Abschaffung der Personenkontrollen der Bundespolizei**

Das Deutsche Institut für Menschenrechte fordert ein Ende der rassistischen Personenkontrollen nach Artikel 22 Absatz 1a) Bundespolizeigesetz, welcher gegen das Diskriminierungsverbot in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes und gegen internationale Menschenrechtsverträge verstoße. Die Kampagne "Stop Racial Profiling" hat eine Petition gestartet.

**Mehr:** <http://www.stoppt-racial-profiling.de>

#### BB-1-7 **Anzeigen wegen "illegaler Einreise"**

Die Strafbarkeit der vermeintlich "illegalen Einreise" von Flüchtlingen ist umstritten. Der Flüchtlingsrat SH stellt betroffenen Flüchtlingen, die polizeiliche Anzeigen wegen illegaler Einreise erhalten haben, einen Musterbrief zur Verfügung, mithilfe dessen sie sich gegen die drohenden Ermittlungsverfahren zur Wehr setzen können.

**Mehr:** <http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/Beiboot/BB-1-7-Anlage.pdf>

#### BB-1-8 **Dublin-Fälle im Kirchenasyl**

Zu einer Kleinen Anfrage der Bundestagsfraktion *Die Linke* (BT Drs 17/13724) erklärt die Bundesregierung u.a.: "Anlässlich einzelner Fälle, in denen die Antragsteller zur Vermeidung einer Dublin-Überstellung sich ins Kirchenasyl begeben hatten, wurde die Frage aufgeworfen, ob in solchen Fällen die Überstellungsfristen gemäß der Dublin-Verordnung unverändert bleiben oder sich verlängern, wie es bei Untertauchen der Fall ist (Artikel 19 Absatz 4 und Artikel 20 Absatz 2 der Dublin-Verordnung). Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erklärte, dass in Fällen, in denen das Kirchenasyl den zuständigen Behörden rechtzeitig noch vor dem Zeitpunkt der geplanten Überstellung mitgeteilt wird, kein Untertauchen vorliegt, so dass die Frist unverändert bleibt." (Seite 11)

**Mehr:** <http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/Beiboot/BB-1-8-Anlage.pdf>

#### BB-1-9 **Dublin III**

Zur novellierten Dublin-Verordnung hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ein Rundschreiben an die Bundesländer verfasst, das auf die künftigen Rechtsmittelfristen bei Einsprüchen gegen Rücküberstellungsankündigungen und die geänderten Vorschriften zur Verwaltungszuständigkeit hinweist. In diesem Zusammenhang ist der Erlass des BMI vom 3.3.2006 zum 28.6.2013 aufgehoben worden, wonach in Dublin-II-Fällen bei sog. "Aufgriffsfällen" Haft durch die Bundespolizei erwirkt werden sollten.

**Mehr:** <http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/Beiboot/BB-1-9-Anlage.pdf>

#### BB-1-10 **"Lampedusa in Hamburg" - Länder können selbst entscheiden**

In der Beantwortung einer Kleinen Anfrage der Bundestagsfraktion *Die Linke* erklärt die Bundesregierung am 12.7.2013 mit grundsätzlichem Blick auf die afrikanisch-stämmigen Flüchtlinge der Gruppe "Lampedusa in Hamburg", dass die Bundesländer souverän seien bei einer möglichen Aufnahmeentscheidung (BT Drs. 17/14281).

**Mehr:** <http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/Beiboot/BB-1-10-Anlage.pdf>

#### BB-1-11 **Migrationshintergrund und arbeitslos**

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat eine übersichtliche Kurzdarstellung über den statistischen Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Migrationshintergrund in Deutschland ins Internet gestellt.

**Mehr:** <http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/Beiboot/BB-1-11-Anlage.pdf>

#### BB-0-12 **Asylstatistik 1-6/2013**

Für die aktuelle politische Auseinandersetzung ist die ergänzende Asylstatistik der Bundestagsfraktion *Die Linke* ggf. hilfreich. Es finden sich dort unter anderem nach Herkunftsländern differenzierte Angaben zur durchschnittlichen Dauer der Asylverfahren (Frage 4). Prekär erscheinen insbesondere auch die langen Verfahrensdauern bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die sehr hohe Anerkennungs- und Bleibechancen haben. Und offenbar wendet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nicht mehr die vielfach kritisierten Video-Anhörungen durch.

**Mehr:** <http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/Beiboot/BB-1-12-Anlage.pdf>

## Recht und Gesetz

### BB-1-13 **Neue Beschäftigungsverordnung**

Mit Inkrafttreten der neuen Beschäftigungsverordnung zum 1.7.2013 wird der Zugang zum Arbeitsmarkt u.a. für Flüchtlinge deutlich erleichtert. Verbesserungen gibt es insbesondere für Asylsuchende und Menschen mit einer humanitären Aufenthaltserlaubnis.

**Mehr:** <http://frsh.de/fileadmin/pdf/Beiboot/BB-1-13a-Anlage.pdf>

Für Flüchtlinge ergeben sich dadurch Neuerungen, die das Netzwerk „*Land in Sicht!*“ in einer aktualisierten Version der Broschüre „Wie bekomme ich eine Arbeitserlaubnis?“ darstellt.

**Mehr:** <http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/Beiboot/BB-1-13b-Anlage.pdf>

### BB-1-14 **Dublin-Rücküberstellung Italien – Sammlung positiver Gerichtsentscheidungen**

Rechtsanwalt Walliczek aus Minden hat eine beeindruckende Liste mit im Sinne der betroffenen Flüchtlinge positiven gerichtlichen Entscheidungen gegen Rücküberstellungen von Dublin-Flüchtlingen nach Italien zusammengestellt. Bemerkenswert erachtet er insbesondere fünf Urteile des VG Göttingen vom 25.7.2013, mit denen erstmals in einem Urteil das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wegen Untätigkeit zum Selbsteintritt verpflichtet worden ist und weiter begründet werde, dass sich die Situation in Italien nicht entscheidend verbessert habe und weiterhin systemische Mängel gem. Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) bestünden.

**Mehr:** <http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/Beiboot/BB-1-14-Anlage.pdf>

### BB-1-15 **Eigenes Aufnahmekontingent der Bundesländer für syrische Flüchtlinge**

Der Bundestag stimmte einem Antrag zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge zu, der es den Ländern ermöglicht, unabhängig von den 5.000 Flüchtlingen, die die Bundesrepublik 2013 aufnehmen möchte, eine eigene Aufnahmeordnung zu erlassen.

**Mehr:** <http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/Beiboot/BB-1-15-Anlage.pdf>

### BB-1-16 **Bundesgerichtshof (BGH) legt Abschiebehaftpraxis dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zur Überprüfung vor**

In der Vergangenheit hat der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein verschiedentlich kritisiert, dass es in Schleswig-Holstein in Fällen der Verlegung von Häftlingen aus der Abschiebungshafteinrichtung Rendsburg in die Strafvollzugsanstalt Kiel zu einem Verstoß gegen das Trennungsgebot der EU-Rückführungsrichtlinie kommt. Wo solcherart Inhaftierung von ausreisepflichtigen Zivilhäftlingen in Strafhafte vorkommt, vermutet auch der BGH einen solchen Verstoß und hat im Juli zwei Fälle dem EuGH zur Entscheidung vorgelegt.

**Mehr:** <http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/Beiboot/BB-1-16-Anlage.pdf>

### BB-1-17 **Dokumentation "freiwillige Ausreise"**

Weil es Betroffenen gegenüber seitens der Deutschen Botschaft zu irritierenden Aussagen zur behördeninternen Dokumentation und Kommunikation von "freiwilligen Ausreisen" und den ggf. sich stellenden Folgen der Visumserteilung zur Wiedereinreise gekommen ist, hat sich der Flüchtlingsrat an das Innenministerium Schleswig-Holstein gewendet und Auskunft über den üblichen Verwaltungsweg erhalten.

**Mehr:** <http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/Beiboot/BB-1-17-Anlage.pdf>

## Europa

### BB-1-18 **EU-Verfahren gegen Deutschland**

Die EU-Kommission hat ein Verletzungsverfahren gegen die BRD eröffnet in Bezug auf den geforderten Sprachtest für AusländerInnen beim Familiennachzug. Die Sprachanforderungen verstoßen laut EU-Kommission gegen europäisches Recht und lasse nicht genug Raum für Einzelfall-Entscheidungen. Die Bundesregierung erklärte in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion *Die Linke*, dass sie aber an ihrer Rechtsposition festhalten wolle.

**Mehr:** <http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/Beiboot/BB-1-18-Anlage.pdf>

## Weitere Neuigkeiten

### BB-1-19 **Das Magazin *Der Schlepper* Nr. 65/66 erschienen**

Das Magazin *Der Schlepper* Nr. 65/66 ist erschienen. Als gemeinsames Heft der Landesflüchtlingsräte wird ein Blick auf die Bundestagswahl 2013 und in die einzelnen Bundesländer geworfen.

**Mehr:** <http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/Beiboot/BB-1-19-Anlage.pdf>

## Veranstaltungen

### BB-0-20 **BAMF- und Diakonie-Tagung**

Vom 4.9. bis 5.9.2013 findet im Rathaus der Hansestadt Lübeck im Bürgerschaftssaal die asylrelevante Fachtagung des Bundesamts und der Diakonie statt. Die Tagung beginnt am Mittwoch um 13 Uhr und endet am Donnerstag um 16 Uhr. TeilnehmerInnen sind AkteurInnen der Flüchtlingsarbeit in Schleswig-Holstein, Themen sind u. a. Erfahrungen mit Dublin II/III, Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen und das Asylverfahren in Italien.

**Mehr:** <http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/Beiboot/BB-1-20-Anlage.pdf>

### BB-0-21 **Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl bezüglich der Integration von Flüchtlingen**

Am Montag den 9.9.2013 findet um 19 Uhr eine Podiumsdiskussion unter dem Motto „Integration für alle Flüchtlinge & MigrantInnen! Oder Willkommen nur nach Nützlichkeit?“ statt. KandidatInnen der Bundestagswahl werden künftige Bedarfe einer Migrations- und Flüchtlingspolitik debattieren. Um Anmeldung wird gebeten: [office@frsh.de](mailto:office@frsh.de)  
Veranstaltungsort: Liegenhof (Lichtsaal), Liegenstraße 22, 24103 Kiel

**Mehr:** <http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/Beiboot/BB-1-21-Anlage.pdf>

### BB-0-22 **Interkulturelle Woche**

Die bundesweiten Interkulturellen Wochen werden am 21.9.2013 in Kiel eröffnet. Am Samstag beginnt die Interkulturelle Woche mit einem Straßenumzug von Kiel Gaarden ins Zentrum. Auch an den anderen Tagen finden viele Aktivitäten unter dem Motto „Rassismus entsteht im Kopf - Offenheit auch“ statt.

**Mehr:** <http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/Beiboot/BB-1-22-Anlage.pdf>

### BB-0-23 **„Flüchtlingssolidarischer Stammtisch“ des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein e. V.**

Der Stammtisch findet regelmäßig am letzten Mittwoch des Monats statt. Das nächste Treffen ist am 25.9.2013 ab 18 Uhr. Ab 19 Uhr ist das aktuelle Thema: „Rassismus gegen Flüchtlinge - Erfahrungen und Handlungsoptionen“. Um Anmeldung wird gebeten: [projekt@frsh.de](mailto:projekt@frsh.de)

Veranstaltungsort: Sportgaststätte TuS Gaarden, Röntgenstr. 5, Kiel-Ost

Dieser und weitere Termine: <http://www.frsh.de/aktuell/termine>

### **Impressum**

Das Beiboot Nr. 1 – 30.8.2013

Der Newsletter für Migration und Flüchtlingsolidarität in Schleswig-Holstein – Das Beiboot – wird herausgegeben vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. und ist ein online-Newsletter.

Redaktion: Andrea Dallek, Jessica Kordouni, Marlene Sachse, Martin Link (V.i.S.d.P.)

Redaktionsadresse: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. - Oldenburger Str. 25 – 24143 Kiel

Telefon: 0431 735000, Fax: 0431 736077

Email: [beiboot@frsh.de](mailto:beiboot@frsh.de)

Das Beiboot online: [www.frsh.de/publikationen/beiboot](http://www.frsh.de/publikationen/beiboot)

Hinweis: Für das Abo vom Beiboot eintragen/ austragen über

[www.frsh.de/publikationen/beiboot](http://www.frsh.de/publikationen/beiboot)

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. wird u.a. gefördert durch das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein:

